

Call for Proposals

Entwicklung eines wettbewerbspolitischen Makromodells

Format: Theoretische Arbeit, Grundlagenmodell

Zeitplan: Einreichungsfrist Proposals: 29. September 2021
Beauftragung: Mitte Oktober 2021
Fertigstellung: März 2022

Sprache: Deutsch oder Englisch

Budget: 10.000 Euro inkl. USt

Hintergrund / Problemaufriss

Wettbewerbspolitik ist ein wichtiges Instrument um den fairen Wettbewerb auf Märkten sicherzustellen, der wiederum eine Voraussetzung für die optimale Versorgung von Gütern und Dienstleistungen ist. Verzerrungen können u.a. höhere Preisen für Konsumenten und nachgelagerte Unternehmen verursachen, zu einer geringeren Produktauswahl, -qualität oder auch einem Rückgang bei Innovationen führen. Klassische Problemfelder sind hierbei Kartelle, Fusionen und in letzter Zeit auch immer stärker Subventionen. Die EU gilt als eher streng bei der Wettbewerbspolitik, was von vielen unter der Wahrung des „level playing fields“ gutgeheißen wird, es gibt aber auch Gegenstimmen, etwa jene die darin ein Verhindern des Entstehens europäischer Champions sehen.

Aufgrund der Globalisierung und Digitalisierung steht die Wettbewerbspolitik vor neuen Herausforderungen, beide bedingen eine zunehmende Marktkonzentration. Im Zuge der COVID-19-Pandemie dürften sich diese Effekte aufgrund des Anstiegs der Online-Käufe nur weiter beschleunigt haben. Zudem rückte das Thema der Staatsbeihilfen mehr in den Mittelpunkt, da viele Staaten versuchten, schwer betroffene Unternehmen vor dem Bankrott zu bewahren. Die Europäische Kommission ist sich der Herausforderungen bewusst, im Jahr 2020 erschien ein

Weißbuch zu ausländischen Subventionen, Ende 2020 der Verordnungsvorschlag Digital Markets Act (DMA), der vor negativen Folgen von „Gatekeeper-Plattformen“ helfen soll. Auch die USA geht immer stärker gegen die Vormachtstellung einzelner Unternehmen, insbesondere im Technologiebereich, vor. Allerdings gibt es regelmäßig Rückschläge und es wird immer öfter die Frage gestellt, ob das aktuelle Regelwerk noch adäquat für die heutige Zeit sind.

Neben der rechtlichen Auseinandersetzung mit Wettbewerbspolitik gibt es auch ökonomische Abhandlungen. Bislang konzentriert sich der Großteil der empirischen Arbeiten auf Fusions- und Kartellentscheidungen, die meiste Forschung wird zudem auf mikroökonomischer Ebene betrieben und beschäftigt sich mit Preiseffekten.¹ Im Rahmen dieser Studie soll ein Modell etabliert werden, dass die makroökonomischen Auswirkungen von Wettbewerbseingriffen auf die EU und insbesondere Österreich abschätzen kann. Hierzu gibt es bereits Bemühungen der Europäischen Kommission², die auch als Ausgangspunkt für ein entsprechendes Modell dienen können. Ebenso wäre die Inkorporation eines expliziten Wettbewerbspolitikmoduls in ein bereits existentes Makromodell vorstellbar.

Diese Auswirkungen könnten etwa Preise bzw. Markups, Innovation, klassische makroökonomische Größen wie BIP, Wachstum, Beschäftigung und Produktivität betreffen, aber auch Verteilungsfragen umfassen. Die Eingriffsarten sollten so flexibel wie möglich gestaltet sein, um auch ein breites Anwendungsspektrum des Modells zu ermöglichen. Je nach Ausgestaltung wären neben direkten auch indirekte, abschreckende, Effekte von Eingriffen von Interesse oder eine Untersuchung auf Sektorebene samt Spillover-Effekten auf von Eingriffen nicht direkt betroffene Sektoren.

Forschungsfragen

- Welche Annahmen müssten dem wettbewerbspolitischen Makromodell zugrunde gelegt werden?
- Welche Daten/Inputs sind notwendig? Wie und wann (mit welcher Verzögerung) sind diese verfügbar?
- Welche Variablen sind im Modell enthalten? Welche sind exogen, welche endogen?
- Welche Outputs werden berechnet?
- Was sind die Vor- und Nachteile (z.B. Limitationen) des Modells?
- Für welche Anwendungsfälle wäre das Modell nutzbar? Ist es breit gefasst, oder müsste man je nach Anwendungsfall und Fragestellung das Modell adaptieren?

¹ <https://voxeu.org/article/ex-post-economic-evaluation-competition-policy-eu>

² Siehe: Cai et al. (2021): Modelling the macroeconomic impact of competition policy: 2020 update and further development. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Ziele

Im Rahmen der gegenständlichen Studie soll ein Modell entwickelt werden, das die makroökonomischen Auswirkungen für Österreich von wettbewerbspolitischen Eingriffen abschätzen kann. Dieses Modell soll nach einer etwaigen Kalibrierung als Basis für wettbewerbspolitische Fragestellungen herangezogen werden, bspw. im Rahmen künftiger Studien oder kurzfristiger Analysen.

Impressum

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Stubenring 1, 1010 Wien

Wien, 2021. Stand: 9. September 2021

Abt. III/7 Handels-sowie wettbewerbspolitische Analysen und Strategien

Telefon: +43 1 711 00-803112

E-Mail: POST.III7_19@bmdw.gv.at.